

02.12.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung)

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzen

Berichterstatter

Abgeordneter Ralf Witzel

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 20 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 20 wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss in der Haushaltsklausur am 10. November 2022, 17. November 2022 (Anhörung) und in der Sitzung am 1. Dezember 2022 (Auswertung der Anhörung) beraten.

Als zusätzliche Beratungsunterlage stand der Einführungsbericht des Ministers der Finanzen zum Einzelplan 20 - Vorlage 18/400 - zur Verfügung.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023 - Drucksache 18/1900 - dargestellt.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Zu den Fragen der Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen wird auch auf das Protokoll der Haushaltsklausur APr. 18/60 verwiesen.

C Abschließende Beratung im Unterausschuss Personal

Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in gemeinsamer Sitzung mit dem Haushalts- und Finanzausschuss am 1. Dezember 2022 abgegeben. Zu einem personalrelevanten Änderungsantrag der Fraktion der AfD wurde vom Unterausschuss Personal votiert. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt, das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergibt sich aus dem Anhang.

Der Einzelplan 20 wurde vom Unterausschuss Personal - soweit personalrelevant – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/1920 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 18/1900.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 1. Dezember 2022 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 20 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der AfD vor. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt; das jeweilige Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

E Bereinigungsbeschluss

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk sind Veränderungen in den Einzelplänen nicht eingetreten. Ein Bereinigungsbeschluss war daher entbehrlich.

G Ausgleich des Haushalts

Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk wurden nicht angenommen. Deshalb sind Veränderungen in den Haushaltsansätzen nicht eingetreten. Es erfolgte keine Veränderung des Haushaltsvolumens. Der Haushaltsentwurf ist daher weiterhin in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Ein Beschluss über den Haushaltsausgleich war daher nicht zu fassen.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen**.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligung</p> <p>Titel 234 40 Einnahmen aus der Übertragung des Bestandes des Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise infolge dessen Auflösung</p> <p><i>Ersetzen von Vermerk:</i></p> <p>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 919 40 verwendet werden.</p> <p>durch</p> <p><i>Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Tilgungsausgaben bei EPL 20 650 Titel 595 00 verwendet werden.</i></p> <p>Begründung:</p> <p>Die Zinsausgaben steigen massiv an. Sie verdoppeln sich im kommenden Jahr. Allein deshalb muss der Schuldenberg so schnell wie möglich reduziert werden, um eine Überschuldung zukünftiger Generationen zu vermeiden. Das Land NRW hat laut Destatis einen Schuldenberg von über 190 Mrd. Euro.</p> <p>Die effektivste Möglichkeit zur Krisenbewältigung ist eine veränderte Energiepolitik, die das Energieangebot durch einen Stopp des Kohleausstiegs und einen Wiedereinstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie ausweitet. Konjunkturprogramme</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

		helfen hier nicht, sie verschieben Probleme kreditfinanziert zu Lasten zukünftiger Generationen in die Zukunft.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Neuer Titel Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in den Ministeriumskapitel aller Einzelpläne</p> <p>Haushaltsvermerk: Die Minderausgabe ist in den Kapitel, 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 10 010, 11 010, 12 010, 14 010, 15 010 zu erbringen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>HH 2023 Ansatz lt. HH 2022 von - Euro - Euro um -60.000.000 Euro auf -60.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die alte Landesregierung aus CDU und FDP schuf seit ihrem Amtsantritt Im Jahre 2017 1.073 neue meistens hoch dotierte Stellen (Vorlage 18/401 Anhang 1) . Die neue Landesregierung bestehend aus CDU und Grünen lässt die Ministerialbürokratie weiter aufwachsen. Mit dem Nachtragshaushalt 2022 wurde 186 Stellen (Vorlage 18/401 Anhang 2) und mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf würden 114 zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie geschaffen werden.</p>	<p>Votum des UA Personal</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p> <p>Abstimmung HFA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligung</p> <p>Titel 919 40 Zuführungen an Rücklage „Krisenbewältigungsmaßnahmen“</p> <p>Streichung des Titels</p> <p>HH 2023 Ansatz lt. HH 2022 von 5.000.000.000 Euro - Euro um 5.000.000.000 Euro au 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Verfassungsgerichtshof hat wiederholt festgestellt, dass kreditfinanzierte Rücklagen nicht zulässig sind. Es handelt sich um Mittel die aus dem Corona-Sondervermögen stammen und die kreditfinanziert sind. Außerdem sind die Mittel aus dieser Rücklage nicht nötig, da die meisten Corona-Maßnahmen und auch das 3-Säulenprogramm gestrichen werden können.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2023**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligung</p> <p>Titel 971 40 Globale Mehrausgaben im Zusammenhang mit Krisenbewältigungsmaßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2023</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2022</td> </tr> <tr> <td>von 3.500.000.000 Euro</td> <td>- Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.500.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>au 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat zur Bewältigung der aktuellen Krise in Folge von exzessiver Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, einer fehlgeleiteten Energiepolitik und des Krieges in der Ukraine einen sogenannten 3-Säulen-Plan angekündigt. Dieser basiert auf den drei Säulen „Krisenhilfe“, „Krisenresilienz“ und „Krisenvorsorge“. Die Mittel sollen aus diesem Haushaltstitel dann in den Krisenbewältigungsmaßnahmen Titeln in den Einzelplänen eingesetzt werden. Es liegt keinerlei Plan von Seiten der Landesregierung vor. Dieses Vorgehen entspricht nicht dem Prinzip der Klarheit und Wahrheit.</p> <p>Außerdem stammen diese Mittel aus dem Corona-Sondervermögen und sind damit kreditfinanziert. Es ist keine Ausnahmesituation zur Aussetzung der</p>	HH 2023	Ansatz lt. HH 2022	von 3.500.000.000 Euro	- Euro	um 3.500.000.000 Euro		au 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
HH 2023	Ansatz lt. HH 2022																				
von 3.500.000.000 Euro	- Euro																				
um 3.500.000.000 Euro																					
au 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

		Schuldenbremse	festgestellt	worden.	
--	--	----------------	--------------	---------	--

